

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Einleitung	13
 TEIL 1, BESTANDSAUFNAHME	 15
 § 1 Theorie der Transferermittlung	 15
I. Die positiven und negativen Transfers in der Sozialversicherung	17
1. Die negativen Transfers	17
2. Die positiven Transfers	17
II. Besondere Probleme	20
1. Überwälzungsvorgänge	20
2. Feststellungszeitraum der Transferermittlung	21
III. Normative Befunde als Ausgangspunkt der Transferermittlung	23
IV. Schritte zur Transferermittlung	28
V. Exkurs	29
1. Die Sozialversicherung als Versicherung	29
2. Leistungsinhalt der Privatversicherung	33
 § 2 Isolierte negative Transfers und negative Transferdifferenzen in der GKV	 40
I. Isolierte, aus der Sicht des Verpflichteten negative Transfers	40
1. Arbeitgeber und Auftraggeber	40
2. Sozialträger	42
3. Bund	44
II. Negative Transfersalden mit gruppenimmanenter Wirkung	45
III. Subgruppenübergreifende Transfersalden	51

TEIL II, TRANSFERVERFASSUNGSRECHTLICHE PROBLEME UND VORGABEN	57
§ 3 Systematische Grundlagen	57
I. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	57
II. Der transfersystematische Ansatz	61
§ 4 Bekannte Transferkategorien und ihre Abgrenzung	65
I. Abgaben- und Nichtabgabentransfers	65
II. Steuern	66
III. Vorzugslasten	77
1. Gebühren	77
2. Vorzugsbeiträge	99
IV. Verbandslasten	102
V. Sonderabgaben	106
1. Nichtabgaben	106
2. Abgaben	112
§ 5 Einordnung der negativen Transfers in Verfassungs- kategorien	119
I. Die Nichtabgaben	126
II. Klassifikation des Versicherten-"beitrags"	130
III. Klassifikation der Drittbeiträge	139
1. Der Arbeitgeberbeitrag	139
2. Sonstige Drittlasten, insbesondere die Künstler- sozialabgabe	144
§ 6 Allgemeine verfassungsrechtliche Probleme bei der Auferlegung von negativen Transfers	148
A. Problemaufriß	148
I. Zulässigkeitsanforderungen an die Auferlegung von Abgaben dem Grunde nach	148

	Seite
1. In formeller Hinsicht	148
2. In materieller Hinsicht	153
II. Zulässigkeit der Höhe der Abgabe	158
1. Begrenzung des Gesamtaufkommens	158
2. Gerechte Lastenverteilung	162
III. Zusammenfassung	162
B. Problemlösung	163
I. Lösung für die Auferlegung von Abgabentransfers dem Grunde nach	163
II. Lösung für die Höhe von Abgaben wegen der externen Lastengerechtigkeit	166
III. Lösung für die Höhe der Abgaben wegen der internen Lastengerechtigkeit	171
§ 7 Besondere Anforderungen an die Sozialversicherungstransfers	173
I. Anforderungen an Abgabentransfers	173
II. Anforderungen an Nichtabgabentransfers	174
§ 8 "Verantwortung", "soziale Rechtsstaatlichkeit" und "Versicherung"	178
I. Verantwortung	178
1. Der verfassungsrechtliche Begriff	178
a) Der Wortsinn	178
b) Verantwortung und Grundgesetz	179
c) Die zwischenmenschliche Komponente	184
2. Abgrenzung der Verantwortung von der Pflicht	189
3. Verantwortung und Staat	192
a) Verantwortung des Staates	193
b) Staat und Bürgerverantwortung insbesondere bei zwischenmenschlichen Beziehungen	196

	Seite
II. Das Prinzip des sozialen Rechtsstaates, sein Bezug zur Verantwortung und zur Lastengerechtigkeit	199
1. Das soziale Staatsprinzip	199
2. Verantwortung und soziales Staatsprinzip	203
3. Soziales Staatsprinzip und Lastengerechtigkeit	206
III. Die Versicherung und ihr Bezug zu Freiheit, zu Verantwortung, sowie Sozialität	207
1. Die Beziehung von Versicherung zu Freiheit und Verantwortung	207
2. Die Beziehung verantwortlich ausgestaltete Versicherung zur sozialen Staatlichkeit und zur Lastengerechtigkeit	209
IV. Abgrenzung der Staatsverantwortung zur Bürgerverantwortung	211
1. Problemaufriß	211
2. Mögliche Begrenzungskriterien für die staatliche Aufgabenfindung	214
V. Verantwortung, soziales Staatsprinzip und Versicherung in staatlichen Untergliederungen	219
1. Verantwortung, Verantwortungsdefizit und staatliches Subsystem	219
2. Das soziale Staatsprinzip in der staatlichen Untergliederung	223
3. Versicherung und staatliche Subsysteme	225
TEIL III, BEURTEILUNG VORHANDENER DIFFERENZEN	227
§ 9 Rechtfertigung der isolierten Finanztransfers	227
I. Die Heranziehung der Arbeitgeber	228
II. Arbeitgeber in besonderen Arbeitsverhältnissen	238
III. Die Heranziehung der Kunstvermarkter	238
1. Vermarkterverantwortung aufgrund der individuellen Beziehung zum Künstler	240

	Seite
2. Vermarkterverantwortung aufgrund der Stellung der Gruppe der Vermarkter zur Gruppe der Künstler	243
3. Sonderproblem	245
IV. Die Heranziehung der Sozialversicherungsträger mit einem Sonderlastsystem	247
1. Heranziehung der Rentenversicherungsträger zur Finanzierung der Rentnerkrankenversicherung durch den Zuschuß nach § 1304 e RVO	248
2. Heranziehung der BfA zur Finanzierung der Arbeitslosenkrankenversicherung nach § 157 Abs. I AFG	249
3. Heranziehung der Rehabilitationsträger zu den Lasten für die Krankenversicherung von Rehabilitanden	250
4. Heranziehung des Bundes und der Sozialträger ohne Sonderlastsystem	250
§ 10 Rechtfertigung der gruppenimmanenten Transferdifferenzen	256
I. Salden aufgrund der einkommensbezogenen Beitragsstaffelung	256
II. Salden aufgrund der Grundlohn-/Regellohnanknüpfung	258
III. Salden aufgrund der risikounabhängig gestalteten Beiträge	260
1. Risikoerhöhung wegen schicksalhafter Umstände	261
2. Risikoerhöhung durch selbstverursachte Risiken	264
a) Mutterschaft	265
b) Schwangerschaftsabbruch aus sozialen Gründen	267
c) Genußgewohnheit Rauchen	268
d) Genußgewohnheit Alkohol	279
e) Ernährungsgewohnheiten	280
f) Sportliche Betätigung	282
§ 11 Rechtfertigung der subgruppenübergreifenden Transferdifferenzen	284

	Seite
I. Gruppenhomogenität zwischen Lehrlingen, Rehabilitanden, Versicherten nach § 165 Abs. I Nr. 2 a), b) RVO und Arbeitern/Angestellten	286
II. Gruppenhomogenität zwischen Studenten und Arbeitern/Angestellten	288
III. Sonderproblem: Behinderte nach dem GSVB	289
IV. Weiteres Problem: Freiwillig Versicherte	291
 TEIL IV, AUSBLICK	 295
 § 12 Notwendigkeit weiterer Transfers	 295
I. Die Finanzverantwortung der alkohol- und tabakvertreibenden Produzenten und Importeure	296
II. Die Finanzverantwortung von Anlagenbetreibern oder des Staats wegen gesundheitsschädlicher Immissionen durch Industrie- oder Energieanlagen	302
 TEIL V, SONDERPROBLEMATIK: GESETZLICHE RENTENVERSICHERUNG	 309
 § 13 Neue Problemdimensionen in der Gesetzlichen Rentenversicherung	 309
I. Transferbedeutsamkeit der Umlagefinanzierungstechnik	313
II. Transferbedeutsamkeit der Bevölkerungsdezimierung und finanzverfassungsrechtliche Vorgaben	315
III. Transferbedeutsamkeit der Anerkennung der Kindererziehung	324
1. Zustand vor 1986	325
2. Zustand seit 1986	335
 Zusammenfassung	 339
 Literaturverzeichnis	 353